

# Bericht

## des Umweltausschusses

### über den Antrag 1232/A(E) der Abgeordneten Dr. Susanne Winter, Kolleginnen und Kollegen betreffend Bienenschutz durch die Erhaltung von Wiesenflächen

Die Abgeordneten Dr. Susanne **Winter**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 18. Juni 2015 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die milden Temperaturen dieses Winters begünstigten die Ausbreitung der für Bienen tödlichen Varroa-Milbe. Weiters gibt es zu wenige Flächen mit Blumen, Büschen, Bäumen und Kräutern. Es gibt immer weniger Bienen, die vor allem im Spätsommer zu wenig Nahrung finden.

In Gärten werden die Rasen kurz geschoren, der Löwenzahn ausgestochen. In der Landwirtschaft ist auch eine andere Bearbeitungsmethode der Wiesenflächen eingekehrt und die Bauern beginnen mit der Heuernte immer früher. Wenn die Bienen zu wenig Nektar und Pollen finden, können sie ihre Brut nicht aufziehen. Zudem gibt es keine Bestäubung und damit keine Obsternte.

Gemeinden, Landwirte, Bauern und private Gartenbesitzer sollten angehalten werden, die Bienen besonders zu unterstützen und durch blühende Wiesen für ausreichend Futter zu sorgen. Viele Hektar Rasen werden ständig gemäht anstatt das eine oder andere Mal auf das Mähen zu verzichten, damit die Bienen, Hummeln und andere Insekten, Nahrung finden. Im urbanen Bereich wäre in diesem Zusammenhang an Parkanlagen, öffentliche Grünflächen und an die vielen kleinen Grünstreifen am Straßenrand zu denken.

Eine leicht umsetzbare und günstige Möglichkeit, um Bienen besser zu schützen, ist Wiesen für Bienen auf freien Flächen anzulegen beziehungsweise diese länger stehen zu lassen. Dadurch können Bienen genug Nahrung finden, um die Bestäubung für die Obsternte zu sichern. Der Einsatz eigens passender, gezielt gesäter Saatgutmischungen und ein Abmähen der Grünflächen zu einem passenden Zeitpunkt würden in diesem Zusammenhang ergänzende Punkte an Maßnahmen darstellen.“

Der Umweltausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 24. Juni 2015 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer der Berichterstatterin Abgeordnete Dr. Susanne **Winter** die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang **Pirkhuber** und Erwin **Preiner**.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Susanne **Winter** einstimmig beschlossen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Umweltausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle die **angeschlossene Entschließung** annehmen.

Wien, 2015 06 24

**Dr. Susanne Winter**

Berichterstatterin

**Mag. Christiane Brunner**

Obfrau